

# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 14. SEPTEMBER 2021



## BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT VERKEHRSENTWICKLUNG DER INNENSTADT

**Die Bürgerschaft hat heute über die Entwicklung des Verkehrs und der Innenstadt debattiert. Anlass war eine Aktuelle Stunde zur Einbahnstraßenregelung Am Wall. Falk Wagner, Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, bedauerte die Art und Weise der kurzfristigen Umsetzung. Doch sei die Diskussion über die Verkehrspolitik in der Innenstadt mehr als eine Symboldebatte, wie die Opposition sie hier führen wolle. Wagner: „Die Frage ist: Was kann die Verkehrspolitik für die Entwicklung unserer Innenstadt tun?“**

„Wir stehen vor der Herausforderung, den fundamentalen Strukturwandel in der Innenstadt zu bewältigen – es geht um das Herz der Stadt“, so Wagner weiter. „Wir wissen: Nicht Weserpark oder Waterfront, sondern die Innenstadt erzeugt eine emotionale Bindung und Identifikation für die Bremer:innen, und daraus entspringen Selbstbewusstsein, Attraktivität und die Zukunft der Stadt als Ganzes.“

Zentral sei es dabei, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern. Alle Maßnahmen müssten dies leisten, auch



Falk Wagner

Veränderungen im Verkehr. Und alle Maßnahmen dort seien vergleichbar mit Operationen am offenen Herzen. Vor diesem Hintergrund bedauerte Wagner, wie die Einbahnstraßenregelung Am Wall nun um-

gesetzt worden sei. „Dass dies so kurzfristig angekündigt und umgesetzt worden ist, ist sicherlich nicht besonders glücklich“, erklärte der Sozialdemokrat. „Das müssen wir zugeben und das bedauern wir.“

Das Beispiel Am Wall zeige aber auch einen grundsätzlichen Zielkonflikt. „Wo viel Verkehr ist, ist weniger Aufenthaltsqualität, aber Verkehr bringt Menschen erst in die Innenstadt. Also gibt es hier ein Spannungsfeld, und die Herausforderung, vor der wir stehen, ist dieses Spannungsfeld aufzulösen, sodass das Ergebnis unserer Innenstadt dient“, so Wagner.

Am Wall schlägt Wagner eine Lösung mit einer gut quergebaren Route vor. „Wir sollten die Chance nutzen und den Fußweg verbreitern, sodass dort mehr Boulevardcharakter und mehr Leben entsteht“, sagte er, betonte aber auch: „Es bringt nichts, den Wall oder einzelne Verkehrsarten isoliert zu betrachten. Die Innenstadt muss eine zusammenhängende Erlebniswelt, ein zusammenhängendes

Quartier Innenstadt werden, das vom Wall bis zur Weser reicht.“

Wichtig sei dabei, die Menschen mitzunehmen. „Jeder von uns muss sich damit abfinden, dass man die Innenstadt nicht mit dem Kopf durch die Wand gestalten kann, sondern nur indem man eine breite Mehrheit mitnimmt“, sagte Wagner. „Das ist auch gut so, denn das ist unser aller Innenstadt, diese Innenstadt gehört uns allen!“ Bei 80 Prozent der Maßnahmen herrsche Einigkeit – und anstatt über den Rest zu streiten; wäre es besser, sich auf diese 80 Prozent zu konzentrieren und diese umzusetzen, so der Sozialdemokrat.

Wagner abschließend: „Unsere Innenstadt hat keine Symbolstreitigkeiten verdient, wie die heutige Aktuelle Stunde. Unsere Innenstadt hat unsere Zusammenarbeit verdient – damit dieser Stadtkern, der so viele Gäste in unsere Hansestadt lockt und begeistert zurückkehren lässt, die Geltung bekommt, die er verdient.“

## FRAGESTUNDE

## BARRIEREFREIE SCHWIMMBÄDER?



Teilhabe ist in allen Bereichen des Lebens wichtig – auch beim Sport. Durch ihre baulichen Gegebenheiten kann es insbesondere bei Schwimmhallen und Bädern der Fall sein, dass Barrierefreiheit nur eingeschränkt vorhanden ist. Aus diesem Grund wollte die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eva Quante-Brandt, heute vom Senat wissen, inwieweit sich die Bremer Bäder als Schwimm-Orte verstehen, die Menschen mit Behinderung die gleiche Teilnahme wie allen anderen Besucher:innen ermöglichen wollen und in welchem Umfang die Barrierefreiheit ausgebaut werden soll.

„Die Bäder sind wichtige Sport-, Freizeit und Begegnungsstätten, in denen jeder

Mensch unabhängig von geistigen oder körperlichen Fähigkeiten oder Einschränkungen willkommen ist“, berichtete Staatsrat Jan Fries für den Senat. „Es wird großer Wert darauf gelegt, dass niemand ausgegrenzt oder benachteiligt wird“.



Eva Quante-Brandt

Die Mitarbeitenden seien entsprechend geschult und sensibilisiert und unterstützten die Gäste bei ihrem Aufenthalt im Bad.

Unabhängig von baulichen Gegebenheiten sei der Besuch für

alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, möglich – Umkleidekabinen und Sanitäreinlagen seien barrierefrei nutzbar, an verschiedenen Becken seien Lifter fest installiert, in anderen Bädern seien mobile Hilfsgeräte im Einsatz. „Bei allen Neubauprojekten und Teilsanierungen werden die aktuellen ‚Richtlinien für barrierefreies Bauen in Schwimmbädern‘ sowie DIN-Normen beachtet“, so der Sport-Staatsrat weiter. „Aufgrund von baulichen Voraussetzungen – insbesondere in den älteren Bädern – kann jedoch nicht mit jeder Sanierung eine Barrierefreiheit erreicht werden. So können die Bäder mitunter lediglich barrierearm beziehungsweise behindertengerecht umgestaltet werden“.

FRAGESTUNDE **SCHULRÜCKSTELLUNGEN IN BREMEN**

Ein Kind erreicht mit dem sechsten Geburtstag die Schulreife. Doch in manchen Fällen ist das schulpflichtige Kind noch



Petra Krümpfer

nicht reif genug für die mit der Einschulung einhergehende Umstellung – Eltern können in diesem Fall einen Antrag auf Schulrückstellung stellen. Wie viele Anträge auf Schulrückstellung zum Schuljahr

2021/22 gestellt wurden und wie viele positiv beschieden worden sind, wollte in der Fragestunde der heutigen Sitzung der Stadtbürgerschaft die Sozialdemokratin Petra Krümpfer wissen.

„Für das Schuljahr 2021/2022 wurden 253 Anträge auf Schulrückstellung gestellt, wovon bisher 249 Anträge auf Rückstellung positiv beschieden wurden“, berichtete Staatsrat Jan Stöß für den Senat. „Das bedeutet, 5,1 Prozent der schulpflichtigen einzuschulenden Kinder wurden vom Schulbesuch zurückgestellt“. Einen gleichbleibenden Trend zu mehr Schul-

rückstellungen habe man beobachten können. So habe sich Anzahl und Anteil der Rückstellungen in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. 122 Kinder, was etwa 2,7 Prozent der Gesamtzahl entspräche, seien 2017/18 zurückgestellt worden. Auch Krümpfers Frage, wie sich dies auf den Bedarf an Kita-Plätzen auswirke, beantwortete Stöß: „Kinder, die von der Schule für ein Jahr zurückgestellt werden, werden für ein weiteres Jahr in der Kita betreut“. Dies sei bereits in den Planungen für den Kitausbau einberechnet.